

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2018–2021

4. Sitzung 2020

Datum	Montag, 23. November 2020
Zeit	18.00 – 00.35 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz Protokollführer	Barbara Willisegger, Ratspräsidentin Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber
Anwesend	40 Mitglieder des Einwohnerrats Dr. Mischa Berner (glp), Einwohnerrat Dr. Adrian Borer (glp), Einwohnerrat ⁵ Salome Fankhauser (SP), Einwohnerrätin Maja Freiermuth (FDP), Einwohnerrätin ⁴ Markus Gfeller (SVP), Einwohnerrat Stefan Giezendanner (SVP), Einwohnerrat Rudolf Günthardt (FDP), Einwohnerrat ⁴ Gian Guyer (Grüne/Alternative), Einwohnerrat Attila Gygax (glp), Einwohnerrat Daniel Gygax (FDP), Einwohnerrat Nathalie Gysin (glp), Einwohnerrätin Stéphanie Hagmann (DYM/CVP), Einwohnerrätin Viviane Hösli (SP), Einwohnerrätin Liliane Hofer (SP), Einwohnerrätin ^{4, 5} Matthias Hostettler (Grüne/Alternative), Einwohnerrat ^{4, 5} Dr. Tobias Hottiger (FDP), Einwohnerrat ⁵ Irma Jordi (DYM/CVP), Einwohnerrätin Marija Jurisic (Grüne/Alternative), Einwohnerrätin Thomas Keller (FDP), Einwohnerrat Dr. André Kirchhofer (FDP), Einwohnerrat Franziska Kremer (SP), Einwohnerrätin Nadia Kuhn (SVP), Einwohnerrätin Christian Läubli (FDP), Einwohnerrat Yvonne Lehmann (SP), Einwohnerrätin Raphael Lerch (SVP), Einwohnerrat ⁴ Oliver Maurer (DYM/EVP), Einwohnerrat

Marco Negri (SVP), Einwohnerrat⁴
Dr. Christian Nöthiger (SP), Einwohnerrat²
Sandra Olar (SP), Einwohnerrätin (ab Traktandum 3)
Dr. Andrea Plüss-Bernhard (DYM/EVP), Einwohnerrätin³
René Schindler (SVP), Einwohnerrat
Claudia Schürch-Meder (DYM/EVP), Einwohnerrätin⁵
Yolanda Senn Ammann (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Dr. Anders Sjöberg (glp), Einwohnerrat⁴
Pascal Stenz (FDP), Einwohnerrat³
Michael Wacker (SP), Einwohnerrat⁴
Moritz Weber (SVP), Einwohnerrat⁵
Robert Weishaupt (DYM/CVP), Einwohnerrat⁴
Barbara Willisegger (SVP), Einwohnerrätin¹
Martin Willisegger (SVP), Einwohnerrat

Entschuldigt

-

Legende

¹Präsidentin
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in
⁴Mitglied FGPK
⁵Fraktionspräsident/in

Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 29. Januar 2021 auf www.zofingen.ch.
Einbürgerungen anonymisiert am 22. Februar 2021.

Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	279
2. Einbürgerungen GK 156-160 5 Einbürgerungsvorlagen (anonymisiert am 22. Februar 2021)	280
3. Budget 2021 GK 155 Budget 2021 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2021 sowie Investitionsplanung 2021-2030 der Einwohnergemeinde Zofingen	281
4. Kreditbewilligung GK 151 Wigger – Fuss und Veloweg im Zusammenhang Hochwasserschutz und Renaturierung, Agglomerationsprogramm 1. Generation 2011-2014	306
5. Verwaltungsorganisation GK 150 Bereich Soziales – Unbefristete Anpassung des Stellenetats um 140 %	308
6. Umfrage	310

Traktandum 1 – Begrüssung / Mitteilungen

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Ratspräsidentin begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die Präsidentin erläutert den Ablauf im Rat in Bezug auf die geltenden Corona-Vorschriften.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Für die heutige Sitzung sind keine Entschuldigungen eingegangen. Sandra Olar trifft etwas später ein.

Der Rat ist **mit zunächst 39**, nach Eintreffen von Sandra Olar **mit 40 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 19. Oktober 2020** wurde am 10. November 2020 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren lief am 20. November 2020 ab. Innerhalb der Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Die Verfassung des Protokolls wird verdankt.

Die Ratspräsidentin verliest die Rücktrittsschreiben von Stefan Giezendanner, SVP, und Christian Läubli, FDP. Die Verabschiedung mit Geschenkübergabe erfolgt am Schluss der Sitzung.

Tischauflagen: An die Einwohnerratsmitglieder wurde ein Brief der Uni St. Gallen verteilt.

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Pascal Stenz (FDP) betreffend "Migration in kantonale IT-Infrastruktur der Repol Zofingen"
- Motion von Stefan Giezendanner (SVP) und Marco Negri (SVP) betreffend "Reduzierte Parkgebühren im Seniorenzentrum Brunnenhof und Tanner"
- Postulat der Fraktion der Grünen betreffend "Erstellung eines Baumkonzepts"
- Dringliche Interpellation von Irma Jordi (DYM/CVP) betreffend "Immobilienstrategie"

Interpellation von Irma Jordi betreffend Immobilienstrategie – Antrag auf Dringlichkeit

Die Ratspräsidentin liest die Interpellation vor und stellt die Dringlichkeit zur Diskussion. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Einwohnerrat heisst in der anschliessenden **Abstimmung die Dringlichkeit mit 34 ja zu 3 nein** gut. Die Interpellation wird von Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger unmittelbar beantwortet.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Zur Frage 1 (*"Wie stellt der Stadtrat sicher, dass der Einwohnerrat und die Bevölkerung in die Strategie einbezogen werden?"*): Für die Strategie ist die Exekutive verantwortlich. Der Einwohnerrat hat die daraus folgenden Entscheide hinsichtlich allfällig nötiger Kredite zu fällen. Der Einwohnerrat wird aber regelmässig informiert, ebenfalls die Bevölkerung. Sobald es die Corona-Situation zulässt, wird auch eine öffentliche Informationsveranstaltung geplant.

Zur Frage 2 (*Plant der Stadtrat, dem Einwohnerrat eine entsprechende Vorlage zur Verwendung der einzelnen Liegenschaften vorzulegen?*): Dem Einwohnerrat wird immer dann, wenn Finanzbedarf besteht, eine jeweilige Vorlage zum Entscheid unterbreitet. Kleinere Aufwände werden via laufendes Budget ebenfalls dem Einwohnerrat unterbreitet. Eine andere Art von Vorlage ist aus Zuständigkeitsgründen nicht vorgesehen.

Zur Frage 3 (*Ist der Stadtrat bereit, dem Verein Jugendherbergen Schweiz einen alternativen Standort anzubieten, um weiterhin den nachhaltigen Tourismus in der Region zu fördern und daraus einen Standortvorteil zu erzielen?*): Der Stadtrat hat dem Verein Jugendherbergen Schweiz bei der Suche nach einem alternativen Standort Unterstützung angeboten. Der Verein Jugendherberge hat jedoch mitgeteilt, dass Zofingen ein Kategorie-C-Standort ist und deshalb nur Gratis-Standorte ohne Kosten für den Verein Jugendherbergen Schweiz in Frage kommen können. Aktuell müsste für die Miete der Jugendherberge ca. CHF 50'000 (unrenoviert) resp. CHF 70'000 (renoviert) in Rechnung gestellt werden. Die Liegenschaft wurde dem Verein bisher immer kostenlos zur Verfügung gestellt, weil die Jugendherberge nur unter dieser Voraussetzung auch betrieben wird. Auch der Werterhalt der Liegenschaft musste bisher grösstenteils immer von der Stadt bezahlt werden. Mit Blick auf die Standortattraktivität gibt es beim Stadtbüro Broschüren zu Bed&Breakfasts und Hotels in Zofingen und in der Umgebung. In der Jugendherberge kostet ein Einzelzimmer CHF 67.50 pro Nacht, bei B&Bs beginnen die Preise bei CHF 45, bei den Hotels bei CHF 69 pro Nacht. Für Gruppen stehen neu renovierte Zivilschutzanlagen in Zofingen zur Verfügung (CHF 10 pro Nacht und Person), welche auch schon bisher von Gruppen genutzt werden. Vorrang hat allerdings das Militär. Aktuell ist das Sponsoring der Jugendherberge durch die Stadt auch aus marktwirtschaftlicher Sicht fragwürdig. Andere Anbieter werden nicht unterstützt. Der Stadtrat bedauert zwar, dass es nicht weitergeht mit der Jugendherberge, ist aber der Meinung, dass das heutige Modell in Zukunft nicht weitergeführt werden kann, umso mehr als der Platz für die Musikschule benötigt wird.

Die Interpellantin erklärt sich mit den Ausführungen zufrieden.

Die Vorstösse sind auf www.zofingen.ch abrufbar.

Traktandum 2 – Einbürgerungen

GK 156-160 (anonymisiert am 22. Februar 2021)

Eintreten ist nicht bestritten.

Rudolf Günthardt (FDP), Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Einbürgerungen sorgfältig geprüft und schlägt dem Einwohnerrat vor, diese zu genehmigen. Die FGPK schliesst sich dieser Beurteilung an und empfiehlt Zustimmung zu den Gesuchen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

GK 156

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 157

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 158

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 159

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 160

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 3 – Budget 2021

GK 155

Budget 2021 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2021 sowie Investitionsplanung 2021-2030 der Einwohnergemeinde Zofingen

Eintreten ist nicht bestritten.

Robert Weishaupt (DYM/CVP), Referent FGPK

Zum ersten Mal hatten wir von der FGPK mehr Zeit für die Budgetprüfung. Das haben wir beschlossen, als wir noch kein Corona kannten. Die längere Zeit kam uns nun doppelt zugute.

Ein Budget inmitten einer unsicheren Zeit zu erstellen, ist nicht einfach. Nicht einfach, wenn ein Budget mehr als ein halbes Jahr, bevor es zum Tragen kommt, erstellt werden muss. Im Mai, Juni wussten wir nicht, wie es mit Corona weitergeht – das wissen wir im Grunde auch heute nicht. Das einzige Beständige heute ist, dass am siebten Tag der Woche Sonntag ist. Mit wechselnden Lockerungen und Verschärfungen von Massnahmen in den Kantonen und der Schweiz, verändert sich jeweils auch das Verhalten der Kunden und damit auch der finanzielle Fluss. Die Folgen zeichnen sich langsam ab und werden immer sichtbarer. Wir wissen alle: Wenn es der Wirtschaft gut läuft und die Leute Arbeit haben, dann springt auch etwas für die Stadtkasse ab.

Gerade in einer wirtschaftlichen Talfahrt, bei der die dringend benötigten Steuererträge fehlen, stellen sich fundamentale Fragen: Wie sieht eine angemessene Budgetierung aus? Welche Investitionen sind sinnvoll und notwendig? Welche Investitionen kann man nach hinten schieben und auf welche kann man gänzlich verzichten? In dieser Situation die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist eine grosse Herausforderung. Keiner weiss, wie sich die Lage in den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten entwickeln wird. Das macht eine langfristig verbindliche Budgetplanung derzeit praktisch unmöglich. Deshalb ist der Investitionsplan ab 2022 noch weniger verlässlich, als dass er bis anhin ohnehin schon war. Auch die geplante Steuererhöhung ist noch nicht in Stein gemeisselt. Ich danke an dieser Stelle allen Angestellten der Stadt, dass sie, wenn immer möglich, die Ausgaben gemäss Budget einhalten können.

Das vorliegende Budget für das kommende Jahr basiert auf einem Steuerfuss von 99 % und weist eine Selbstfinanzierung von 4,47 Millionen Franken aus. Im laufenden Jahr budgetierten wir 5,35 Millionen. Laut Christian Glur dürften wir das Budget bei den Steuereinnahmen übertreffen. Wir sind in der Vergangenheit praktisch jedes Jahr bei den Steuererträgen gestiegen, nun sind wir wohl oder übel mit einem Steuerrückgang konfrontiert. Gegenüber anderen Städten ist der Ausfall jedoch weniger hoch, da wir bei juristischen Personen schon im Vorhinein äusserst schwach waren. Dies ist jedoch nur ein kleiner Trost. Es soll der Ansporn sein, noch mehr tätig zu werden, um neue Firmen anzusiedeln. Wir sollen nicht wegen Corona Trübsal blasen oder negativ denken, sondern die Chance jetzt packen. Folgendes wären doch Jahresziele für das Kapitel 3: Land im Baurecht abgegeben, neue Firma angesiedelt. Oder: Steuerertrag von juristischen Personen um 20 % gesteigert. Was wir sonst noch zu den Jahreszielen 2021 besprochen haben, kann dem Protokoll entnommen werden.

Es kommen finanzpolitisch schwierige Zeiten auf uns zu. Das Investitionsvolumen bleibt in den nächsten Jahren weiter sehr hoch. Es bestehen Sachzwänge. Zum Beispiel: In den kommenden Jahren brauchen wir zusätzlichen Schulraum. Oder: Wenn wir das Schwimmbad oder andere Liegenschaften nicht rechtzeitig sanieren, droht ihre Schliessung und die Investitionskosten für eine Wiedereröffnung werden höher sein.

Wir müssen handeln und befinden uns dabei auf einer Gratwanderung zwischen Entlastungsmassnahmen und dem Erhalt des Leistungsangebots. Dabei soll das Leistungsangebot eine nachhaltige und vor allem eine lebenswerte Stadt ermöglichen.

Da unsere Stadtkasse die nötigen Investitionen nicht vollständig selbst finanzieren kann, muss sie sich weiterhin verschulden. Die voraussichtliche Nettoschuld der Einwohnergemeinde per

31.12.2021 beträgt CHF 7,9 Mio. Diese Verschuldung darf momentan als tragbar bezeichnet werden. Der Nettoverschuldungsquotient und der Zinsbelastungsanteil weisen zum Glück gute Werte auf. Der Stadt Zofingen kommt zugute, dass wir bislang sehr gut aufgestellt waren und bereits länger auf unserer Ausgabenseite optimieren.

Mit Corona werden das Wirtschaftswachstum und die Hochkonjunktur jedoch abrupt und für viele dramatisch gestoppt. Nicht so für die Angestellten der Stadt Zofingen. Und damit noch zum Thema Lohnerhöhung: Wir haben in der FGPK auch darüber gesprochen, sind uns aber nicht ganz einig. Deshalb ist die FGPK der Meinung, dass es Sache der Fraktionen ist, einen anfälligen Antrag in diesem Bereich zu stellen. Doch wäre es nicht ein Zeichen der Solidarität gegenüber all jenen, die jetzt untendurch müssen, wenn die Angestellten (die einen sehr sicheren Arbeitsplatz haben), auf eine Lohnrunde im Jahr 2021 verzichten? Im Rückspiegel sehe ich noch die 0,8 % vom letzten Jahr, welche wir sehr wohlwollend gesprochen haben.

Was wir alles geprüft haben, welche Fragen wir dazu hatten und welche Antworten vom Stadtrat kamen, steht im Protokoll. Ich gehe davon aus, dass ihr es alle gelesen habt. Wir haben das Budget abgesegnet und empfehlen euch, dies auch zu tun.

Zu den einzelnen Anträgen des Stadtrates nimmt die FGPK wie folgt Stellung:

1. *Der Erhöhung der Abwasserbenützungsgebühren gemäss § 39 des Reglements über Siedlungsentwässerung, Gewässerschutz, Wasserbau und Hochwasserschutz vom 24. November 2008 per 1. Januar 2021 von CHF 2.50 pro m³ auf CHF 2.90 pro m³ zuzüglich Mehrwertsteuer pro Kubikmeter Frischwasserbezug sei zuzustimmen.*

Die FGPK stimmt dem Antrag 1 des Stadtrats mit 5:4 zu.

2. *Das Budget 2021 der Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 % und das Investitionsbudget 2021 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.*

Die FGPK stimmt dem Antrag 2 des Stadtrats einstimmig mit 9:0 Stimmen zu.

3. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2021–2030 sei Kenntnis zu nehmen.*

Die FGPK nahm den Antrag 3 des Stadtrats mit 6:3 zur Kenntnis.

Zum Schluss möchte ich "Danke" sagen. Danke allen Angestellten der Stadt Zofingen, die sich für unsere Stadt einsetzen. Ich/Wir schätzen dies sehr. Ein besonderer Dank geht an Christian Glur, der nicht nur das Budget, sondern auch die Finanzen der Stadt im Griff hat. Mein Dank geht auch an den Stadtrat für die konstruktive Zusammenarbeit mit uns. Dann natürlich auch ein ganz grosser Dank an alle meine Kolleginnen und Kollegen der FGPK und unseren Aktuar Patrick Siegrist. Ihr habt euch dieses Jahr Zeit für viele Sitzungen genommen, was wegen Corona nicht einfach war. Ich danke euch für euren Einsatz im Budgetprozess. Danke euch allen im Saal für das Auseinandersetzen mit dem Budget und für eure Aufmerksamkeit.

Bleibt gesund – und trotz allem: schöne Advents- und Weihnachtszeit. Ich schliesse mit einem Zitat: "Man kann nicht negativ denken und Positives erwarten!"

Sandra Olar trifft ein, der Rat ist neu mit 40 Mitgliedern verhandlungsfähig.

Adrian Borer, Fraktionsvotum (glp)

Dankt für das sauber ausgearbeitete Budget und die Bemühungen der FGPK. Die Fraktion ist überzeugt, dass vorsichtig und zurückhaltend budgetiert, und dass der Investitionsplan entschlackt wurde. Wir werden diesem Budget zustimmen. Der Erhöhung der Abwassergebühren wird zugestimmt, auch wenn das Vermögen in der Kasse noch für 1 oder 2 Jahre reicht. Wir müssen vorausschauend planen. Die Fraktion wird zwei Anträge stellen, einen zur Lohnrunde und einen zum Kreis Riedtal. Heute in zwei Jahren werden wir vermutlich über eine Erhöhung des Steuerfusses diskutieren, wenn alles nach Finanzplan läuft. Diese Erhöhung ist als Signal gemeint. Das heisst, dass wir jeden Franken noch bewusster ausgeben müssen als bisher. Was bedeutet das? Beispiel Immobilien: Wir haben nun eine Strategie. Wenn wir künftig Geld im Immobilienbereich ausgeben wollen, kann die Strategie zur Hand genommen und ein Abgleich vorgenommen werden. Um Grundsatzdiskussionen führen zu können, muss es solche Strategien auch für die anderen Bereiche geben. Zum Beispiel bei der Schule: Ohne neues Oberstufenzentrum könnten wir die anstehenden Investitionen auch ohne Steuererhöhung stemmen. Deshalb braucht es eine Strategie, um zu sehen, ob wir uns das leisten können und wollen, und was ein möglicher Plan B wäre.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (DYM)

Die DYM hat bei der diesjährigen Budgetprüfung das Schwergewicht auf die Ziele gelegt. Aus unserer Sicht kann es kein Ziel sein, dass lediglich eine gewisse Anzahl von Massnahmen umgesetzt werden, sondern es muss aufgezeigt werden, wieviel damit eingespart werden soll. Die Wirkung muss messbar sein. Das wünschen wir uns für die nächsten Jahresziele. Auch die Verknüpfung mit den Legislaturzielen muss ersichtlich sein. So war es nicht klar, wie das Unicef-Label in die übergeordneten Ziele passt. Die Ziele sollten ausserdem ambitioniert sein. "Mindestens eine Massnahme zur Abfallprävention ist umgesetzt", ist für uns zu wenig genau. Wir sind auch der Meinung, dass weniger mehr ist. Viele Ziele zu haben bedeutet mehr Aufwand für die Umsetzung und damit mehr Kosten zu verursachen. Auf diese Aspekte werden unsere Fragen in der Detailberatung abzielen. Eine Lohn-Nullrunde wird unterstützt, ebenso die Erhöhung der Abwassergebühren.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum (FDP)

Zunächst auch von der FDP ein grosses Dankeschön für den sorgfältigen Umgang mit Steuermitteln. Der Stadtrat hat trotz schwierigen Voraussetzungen ein Budget mit einem kleinen Überschuss erarbeitet. Gewisse Effekte aufgrund von Covid-19 sind nur schwer abschätzbar. Die Fraktion unterstützt das Budget, wird aber gewisse Anträge stellen. Insbesondere die Lohnerhöhung steht in der aktuellen Situation quer in der Landschaft. Bei den Investitionen besteht aus Sicht der Fraktion ein grösserer Hebel als in der laufenden Rechnung. Wir müssen uns vor Augen führen, dass Zofingen in den nächsten 10 Jahren Investitionen von über CHF 80 Mio. stemmen muss, allein für das neue OSZ CHF 35 Mio. Bei diesem Projekt gibt es noch einige Fragen zu klären. Am Schluss wird es eine politische Frage sein, ob man sich das Projekt leisten will. Die FDP will die Abwassergebühren nicht erhöhen, solange noch Vermögen in der Abwasserkasse ist.

Matthias Hostettler, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grünen verstehen, dass man in der aktuellen Situation vorsichtig budgetieren muss. Ein Leistungsabbau ist aber nicht opportun (z. B. geringfügige Einsparungen bei Kultur und Sport oder in der Gesundheitsprävention). Entsprechende Anträge folgen in der Detailberatung. Die Krise zeigt, dass ein gut funktionierendes Staatswesen hilft. Dazu braucht es entsprechende Finanzmittel. Den Angestellten muss ein marktüblicher Lohn bezahlt werden können. Mit ein paar Änderungsanträgen stimmt die Fraktion den Anträgen des Stadtrats zu.

Moritz Weber, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP dankt der Verwaltung und den Stadtratsmitgliedern für die grosse Arbeit. Der SVP fehlt eine Strategie, wie sie für die Immobilien erstellt wurde, für andere Bereiche wie z. B. Bildung, Verkehr, Kultur, Sport, Seniorenzentrum, Spitex, Soziales oder Stadtsaal. Zu den Strategien gehören auch Kennzahlen, wo die Stadt in Zukunft sein will. Wir brauchen Benchmarks. So wissen wir bei Investitionen, wo wir stehen. Die aktuellen Ziele und Massnahmen sind nichts. Sie müssten SMART sein. Wenn wir das alles haben, sind wir ganz anders unterwegs als jetzt. Die SVP hat sich eine grosse Arbeit zum Budget gemacht und einen Strauss von Massnahmen ausgearbeitet, denn unnötige Ausgaben sollen unterbleiben. Dazu werden nachfolgend diverse Anträge zu verschiedenen Positionen gestellt. Die Lohnsumme und die Abwassergebühren sollen nicht erhöht werden.

Liliane Hofer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP dankt den Beteiligten für die Erarbeitung des Budgets und allen für ihr tägliches Engagement zugunsten unserer schönen Stadt. Die SP anerkennt, dass der Budgetprozess im ersten halben Jahr aufgrund von Corona nicht einfach war. Die Fraktion hätte sich etwas mehr Mut erhofft. In der Zwischenzeit sind wir in der zweiten Covid-Welle und haben einige Erkenntnisse mehr zu den Auswirkungen der Pandemie. Die Steuereinnahmen sind zwar gemäss Empfehlung des Kantons tiefer budgetiert. Ob dies so eintreffen wird, ist unklar. Die Rechnung 2020 wird bei den Steuereinnahmen jedoch ca. 3,5 % besser ausfallen. Die Konjunktur ist gemäss SECO nicht so stark eingebrochen wie befürchtet und ein Einbruch wird für das zweite Halbjahr auch nicht mehr erwartet. Die SP wird deshalb Anträge stellen, um von den budgetierten Kürzungen im Sport und bei der Kultur abzusehen. Zudem werden Anträge zu internen Verrechnungen gestellt. Einer Nullrunde beim Personal wird die SP nicht zustimmen. Die beantragte Erhöhung ist zwar zu hoch, es soll aber ein gewisser Spielraum für individuelle Honorierungen geben. Wertschätzung drückt sich zwar nicht nur mit Geld aus, ist aber ein Teil davon. Die SP beantragt eine moderate Erhöhung der Lohnsumme, auch angesichts der voraussichtlich sehr guten Rechnung 2020. Hinter der Investitionsplanung stehen viele Unbekannte. Man sieht Potenzial bei den Liegenschaften und den Parkplätzen. Die Priorisierung der Investitionen wird eine Herausforderung bleiben. Die SP wird auf die Nachhaltigkeit achten. Weder die offenen Fragen zum OSZ noch diejenigen zu Corona sind geklärt. Dem Budget, inkl. Erhöhung der Abwassergebühren, wird zugestimmt. Hingegen wird nur ein Teil der Fraktion die Investitions- und Finanzplänen zur Kenntnis nehmen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Dankt für die kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit dem Budget. Noch selten hat der Stadttammann eine so umfassende Auseinandersetzung erlebt, auch mit den Zielen. Bezüglich einzelner Zielformulierungen kann gerne auf die zuständigen Personen zugegangen werden. Es ist immer schwieriger, die genaue Wirkung zu messen, als Massnahmen aufzuzeigen. Die Problematik dieses Jahr war, dass die Budgetierung in der ersten Corona-Welle stattfand und deshalb grosse Unsicherheiten im Finanzplan bestanden. Das Budget sollte nicht alles abwürgen, sondern einen gewissen Konsum erlauben, aber es mussten Abstriche gemacht werden. Nicht zu vergessen ist, dass auch 2021 verschiedene Angebote nicht durchgeführt werden können, woraus weniger Aufwand resultieren wird. Heute wissen wir zur Ausgangslage 2021 mehr als bei der Budgetierung im April. Der Start ins neue Rechnungsjahr ist unterdessen viel solider. Wir wissen inzwischen, dass die Steuern 2020 ca. CHF 1,5 Mio. über und der Aufwandsaldo ca. CHF 1 Mio. unter Budget abschliessen werden. Wir werden bei den Steuern gewisse Abstriche im 2021 haben. Die Sozialhilfekosten weisen erfreulicherweise eine positive (sprich rückläufige) Entwicklung auf. Die Revision des Strassengesetzes liegt auf dem Tisch. Daraus resultieren im Investitionsplan ab 2023 Erleichterungen von ca. CHF 7 Mio. Dies wird im nächsten Investitionsplan eingerechnet. Zur weiteren Entwicklung der Pan-

demie wissen wir aber noch nicht mehr. Der Stadtrat geht momentan davon aus, dass mit Massnahmen (Streichungen, Verschiebungen) eine Steuererhöhung vermieden werden kann. Neu wurden Planerfolgsrechnungen mit Kennzahlen erstellt. Die Planerfolgsrechnungen werden jährlich in der Budgetphase überarbeitet und dem Marktumfeld angepasst. In den nächsten Jahren werden wiederum moderate Budgets gemacht werden müssen. Bezüglich Lohnerhöhung ist dem Stadtrat klar, dass der eingestellte Betrag hoch ist. Wir haben grosse Herausforderungen in der Wirtschaft. Er bittet um eine moderate Erhöhung für individuelle Anpassungen anstatt einer Nullrunde. Bei den Abwassergebühren zeigt der Finanzplan deutlich, dass die operativen Ergebnisse in den vergangenen und künftigen Jahren negativ waren und sein werden, auch mit der geplanten Gebührenerhöhung – dies noch ohne Investitionen. Das Vermögen ist in Kürze weg. Es gehört zu unserer Verantwortung, wenigstens in der Betriebsrechnung eine schwarze Null zu erreichen. Ein grosser Teil der Gebühren geht an die erzo. Diesbezüglich bestehen neue Bedingungen aufgrund neuer Stoffe im Abwasser. Die Gebührenerhöhung seitens der erzo macht für die Stadt ca. CHF 1 Mio. aus. Der Stadtrat möchte jetzt eine moderate Erhöhung, anstatt eine massive Erhöhung zu einem späteren Zeitpunkt.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Ich erlaube mir Bemerkungen zu den drei Themen Siedlungsentwicklung, Unterstützung der Wirtschaft im Zusammenhang mit Corona und Marketing. Dem Stadtrat und der Verwaltung ist es gelungen, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, unter massiven Verzichtsplanungen. Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen ist nicht selbstverständlich. Sie hängt mit der sehr guten Siedlungsentwicklung der letzten Jahre zusammen. Dank der positiven Entwicklung des Steuersubstrates können wir den Steuerfuss nun halten. Wir wären heute beim Steuerfuss höher, wenn nicht die Strategie der vergangenen Jahre gewählt worden wäre. Der Stadtrat hat bezüglich Covid auf Konzessionseinnahmen verzichtet und geht davon aus, dass dies auch im nächsten Jahr so sein wird. Weitere Unterstützungsmassnahmen sind nicht im Detail ersichtlich, hoffe jedoch, dass solche Massnahmen geplant sind. Es wäre gut, dazu noch mehr zu hören. Das soll via Marketing auch klar ausgewiesen und kommuniziert werden. Marketingmassnahmen zur Stützung des heimischen Gewerbes würden begrüsst.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Bei mir gibt es einige Fragezeichen zum Budget 2021. Ich bin mir nicht sicher, ob ich diesem zustimmen kann. Es wird immer erst etwas gejammert und dann vergisst man es wieder. Bei Ausgaben im Bereich Kultur haben Benchmarks und Kennzahlen nichts zu suchen. Die Beiträge an Vereine wurden z. B. stetig von CHF 160'000 auf CHF 100'000 gesenkt. Materielle und ideelle Werte sind verschiedene Seiten der Medaille, die man nicht auseinanderdividieren kann.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Antwort auf die Frage von André Kirchhofer: Mit dem qualitativen Wachstum der letzten Jahre konnte das Steuersubstrat effektiv verbessert werden. Mit der neuen BNO bekommt Zofingen zusätzliche Instrumente. Bezüglich Corona haben wir keine Unterstützungsausgaben budgetiert, aber Mindereinnahmen. Es werden viele Erlasse bei Gebühren oder Mieten gemacht. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass noch gewisse kreative Investitionen zur Unterstützung von notleidenden Branchen gesprochen werden. Dazu wären dann Nachtragskredite nötig. Wir müssen aber auch aufpassen, dass nicht Strukturverlust getätigt wird oder die Branche bereits Gelder von Bund und/oder Kanton bekommen hat. Der Hinweis bezüglich Promotion des heimischen Gewerbes wird gerne entgegengenommen.

Die Vorlage wird im Detail beraten.

1. **Einleitung** (Seiten 5 f.)

Keine Wortmeldungen.

2. **Die Mitglieder des Stadtrats und ihre Ressorts** (Seite 7)

Keine Wortmeldungen.

3. **Jahresziele 2021** (Seiten 8 ff.)

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Wir hätten zu vielen Jahreszielen etwas sagen können, setzen aber gewisse Schwerpunkte. Beim Tiefbau fragen wir uns, ob so viele Projekte mit der bestehenden Belegschaft umgesetzt werden können und ob schon eine Priorisierung erstellt wurde. Im Bereich Natur ist das Ziel der Sensibilisierung der privaten Grundeigentümer bezüglich Wirkung fraglich. Hat man sich da nicht einfach ein problemlos zu erreichendes Ziel gesetzt? Gibt es keine wirkungsvolleren Ziele, z. B. bezüglich Neophyten, Steingärten oder eigener Grünbestand?

Andreas Rügger, Stadtrat

Die Ziele des Ressorts Tiefbau konnten in den letzten Jahren immer gut erreicht werden. Die Ziele sind auch 2021 machbar. Viele davon werden mit externen Planern ausgearbeitet und intern primär begleitet. Auf der Baustelle arbeiten dann die Unternehmen. Der Tiefbau nimmt nur die Aufsicht wahr. Tempo 30 ist ein Dauertraktandum. Es wird auf Anträge aus Quartieren reagiert und das Thema gemäss Konzept 2006 bei Anfragen aus den Quartieren aufgenommen. Der Aufwand ist gering, weil Tempo 30 in vielen Quartieren bereits umgesetzt wurde.

Peter Siegrist, Stadtrat

Die Problematik ist verstanden. Zusammen mit der Kommission Natur und Landschaft wurde definiert, der Bevölkerung die Biodiversität näher zu bringen. Wir wollen jährlich verschiedene Zielsegmente definieren und die Inhalte darauf abstimmen. Z. B. wollen wir in den Schulen das Thema Neophyten als Dauerthema näherbringen. 2021 kommen die Schulen und Gartenbesitzer in den Fokus. Die Idee ist, dass die erreichten Zielgruppen wiederum neue Gruppen erreichen. Das ist ein langfristiges Ziel.

Oliver Maurer, Einwohnerrat

Der Fraktion fehlt die spezifische Messbarkeit vieler Ziele. Die vorhandenen Ziele sind nicht nichts, aber es könnte besser sein. Zum Beispiel das Ziel "Die Aufsicht über die Pflege- und die Tagesfamilien ist verbessert": Dies ist zwar ein wichtiges Ziel, aber die Messbarkeit ist unklar. Das Projekt Arbeitseinsätze mit dem Werkhof soll dauerhaft implementiert und sogar auf weitere Abteilungen ausgeweitet werden. Ein Vorstoss zur Incentivierung in der Sozialhilfe ist seit 80 Monaten immer noch hängig. Die Fraktion wird die Entwicklung genau verfolgen.

Dominik Gresch, Stadtrat

Bei den Tagesfamilien hat die Stadt einen gesetzlichen Auftrag, der in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Das Ziel ist evtl. nicht so gut messbar, aber es ist ein wichtiger Punkt, dass diese Aufgaben wahrgenommen werden. Das Ziel ist umgesetzt, wenn mit solchen Prüfungen begonnen wurde und sie möglichst abgeschlossen sind. Der Bereich ist bereits an der Umsetzung. Bei der Altstadtreinigung hat sich an der Idee der Incentivierung nichts geändert. Wir hatten aber im Bereich

im Moment leider andere Baustellen. Dem Stadtrat wird nun aber die Verstetigung und Ausweitung auf weitere Bereiche beantragt.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Im Bereich Sport finde ich kein einziges Ziel. Ist das richtig? Wie sieht der Stadtrat die Wertschätzung für die vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit die in diesem Bereich geleistet werden?

Peter Siegrist, Stadtrat

Für 2021 wurde kein Sportziel gesetzt, weil wir in der momentanen Corona-Situation bezüglich Sport flexibel sein müssen. Wir müssen 2021 primär sicherstellen, dass der Sport funktionieren kann, und nicht hochtrabende Sportziele setzen. Das wurde bewusst so gemacht.

Rahela Syed, Stadträtin

Das ehrenamtliche Engagement ist eines der Legislaturziele, welches der Stadtrat noch angehen wird.

4. Übersicht Budget 2021 (Seiten 12 ff.)

Keine Wortmeldungen.

5. Projekte und Investitionen 2021–2030 (Seiten 22 ff.)

Keine Wortmeldungen.

6. Kennzahlen (Seiten 33 ff.)

Keine Wortmeldungen.

7. Details zum Budget (Seiten 37 ff.)

Adrian Borer, Einwohnerrat

Aktuell haben wir wegen Corona eine schwierige Zeit, eine Zeit mit milliardenschweren Hilfspaketen und vielen Firmenkonzursen. Was denkt das Volk zur beantragten Lohnrunde? Eine Lohnerhöhung passt in der aktuellen Situation nicht. Letztes Jahr gab es 0,8 %. Das Kantonspersonal hat eine Nullrunde. Darum stellt die GLP-Fraktion den Antrag, auf die Lohnsummenerhöhung zu verzichten (0,0 % Erhöhung).

Moritz Weber, Einwohnerrat

Die SVP hat genau den gleichen Antrag wie die GLP formuliert. Als Unternehmer war 2020 kein Zuckerschlecken. Die Mitarbeitenden in der Verwaltung haben sicher ihren Einsatz geleistet. Die Mitarbeitenden in der Privatwirtschaft aber auch. Machen Sie nicht den Fehler einer geringfügigen Erhöhung. Sprechen wir lieber dieses Jahr keine Erhöhung, dafür nächstes Jahr aber etwas mehr. Bei einem Vollpensum richtet man keine Lohnerhöhung von CHF 20 oder 30 aus, das ist nicht motivierend. Haben wir den Mut zu einer Nullrunde.

Liliane Hofer, Einwohnerrätin

Die SP stimmt einer Nullrunde nicht zu. Sie beantragt eine Erhöhung von 0,2 % für individuelle Erhöhungen. Die beantragte Erhöhung von 0,5 % läge zwar im Rahmen einer Umfrage der UBS. Diese

Umfrage hat für den öffentlichen Sektor eine Erhöhung von durchschnittlich 0,8 % ergeben. Das Ergebnis 2020 wird deutlich besser abschliessen als geplant, auch aufgrund einer hohen Ausgaben- disziplin. Diese Anstrengungen möchte die SP honorieren. Für die SP ist aber klar, dass es nur individuelle Erhöhungen geben kann, um engagierten, motivierten Leuten Wertschätzung entgegenbringen zu können. Ein grosser Teil der städtischen Mitarbeitenden arbeiten im Seniorenzentrum. Dem Pflegepersonal gebührt mehr Wertschätzung als nur Applaus, dies umso mehr, da in diesem Bereich Fachkräftemangel herrscht. Die Verwaltung soll attraktive Löhne bezahlen können und die Stadt soll trotz trockenem Markt für Gemeindefachleute gute Leute gewinnen können.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Hat einen Vergleich der vergangenen Abschlüsse gegenüber dem jeweiligen Budget in Bezug auf die Personalkosten vorgenommen. Es gab regelmässig nicht benutztes Personalbudget von bis zu CHF 1 Mio. Kann das für individuelle Erhöhungen genutzt werden?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtrat

Eine Differenz von CHF 200'000 bis 300'000 kann es immer geben. Eine Million ist aber zu hoch und ist wohl nicht korrekt. Die Unterschiede kommen aus Mutationsgewinnen, oder wenn Stellen nicht sofort wiederbesetzt werden können. Dies ist die Regel. Wir haben gute Möglichkeiten mit jungen Berufsleuten gefunden, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Mit diesen Personen werden Weiterbildungs- und Entwicklungsvereinbarungen getroffen, womit jeweils auch strukturelle Lohnerhöhungen verbunden sind. Die Mutationsgewinne und die strukturellen Erhöhungen halten sich stets etwa die Waage. Bei der allgemeinen Lohnerhöhung genehmigt der Einwohnerrat die Gesamtsumme. Der Stadtrat entscheidet über die Verteilung (generell/individuell). In den letzten Jahren wurden jeweils die Absichten zur Aufteilung vor der ER-Sitzung bekannt gegeben. Bei kleinen Erhöhungssummen gibt es in der Regel nur individuelle Erhöhungen. Dies wäre 2021 vom Stadtrat auch so geplant. Nicht ausgeschöpftes Budget auf gewissen Positionen kann nicht einfach für individuelle Erhöhungen genutzt werden. Die Entscheide zu Erhöhungen werden einheitlich einmal pro Jahr gefällt. Es gibt dann nicht noch unter dem Jahr Erhöhungen, nur, weil z. B. ein Personalwechsel stattfindet oder nicht besetzte Stellen vorkommen. Das würde zu Ungleichbehandlungen zwischen den Bereichen und Abteilungen führen.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Ich möchte beliebt machen, die Anträge der GLP und der SVP zu unterstützen. Wir lösen keinen Fachkräftemangel mit einer Erhöhung von 0,2 %. Wir wollen mit einer Nullrunde auch ein Zeichen an die Bevölkerung senden. Es wird z. B. in der Hotellerie viele junge Arbeitslose geben. Sind wir froh, dass wir in einer Branche sind, in der wir Arbeit haben. Seien wir dankbar dafür, auch wenn es einmal strenger ist.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Irma Jordi mag schon Recht haben, seien wir froh, dass wir Arbeit haben. Ich erinnere aber an das, was z. B. das Pflegepersonal geleistet hat. Genau deshalb soll 0,2 % individuell gesprochen werden, um punktuell Bereiche, z. B. mit tiefen Löhnen, anheben zu können. Ich möchte für das Pflegepersonal nicht nur klatschen, sondern die Leistung auch finanziell honorieren. Lohn ist zwar nicht alles, aber an gewissen Orten ist es notwendig, den Lohn als Teil der Wertschätzung zu erhöhen.

Viviane Hösli, Einwohnerrätin

Was wir heute nicht alles gehört haben, was dem Personal helfen soll. Letztlich arbeitet man für Lohn und gute Leistung wird entsprechend belohnt. Mit einer Nullrunde ist keinem Arbeitslosen geholfen. Niemand bekommt eine Stelle nur, weil die Stadt 0 % Lohnsummenerhöhung beschliesst.

Es folgen die Abstimmungen zu den Anträgen zur Lohnsummenerhöhung:

- 0,0 % (Anträge glp und SVP) gegen 0,2 % (Antrag SP): **27 Stimmen für 0,0 % zu 11 Stimmen für 0,2 %**. 0,0 % obsiegt und wird dem Antrag des Stadtrats gegenübergestellt.
- Mathias Hostettler stellt einen **Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf** (11 Stimmen sind dafür nötig): **12 Stimmen für Abstimmung unter Namensaufruf**
- 0,0 % (obsiegender Antrag aus der ersten Eventualabstimmung) gegen 0,5 % (Antrag Stadtrat) – Abstimmung unter Namensaufruf: **28 Stimmen für 0,0 % zu 11 Stimmen für 0,5 %**

Berner Mischa	Nein
Borer Adrian	Nein
Fankhauser Salome	Ja
Freiermuth Maja	Nein
Gfeller Markus	Nein
Giezendanner Stefan	Nein
Günthardt Rudolf	Nein
Guyer Gian	Ja
Gygax Attila	Nein
Gygax Daniel	Nein
Gysin Nathalie	Nein
Hagmann Stéphanie	Nein
Hofer Liliane	Ja
Hösli Viviane	Ja
Hostettler Matthias	Ja
Hottiger Tobias	Nein
Jordi Irma	Nein
Jurisc Marija	Ja
Keller Thomas	Nein
Kirchhofer André	Nein
Kremer Franziska	Ja
Kuhn Nadia	Nein
Läubli Christian	Nein
Lehmann Yvonne	Ja
Lerch Raphael	Nein
Maurer Oliver	Nein
Negri Marco	Nein
Nöthiger Christian	Ja
Olar Sandra	Ja
Plüss-Bernhard Andrea	Nein
Schindler René	Nein
Schürch-Meder Claudia	Nein
Senn Ammann Yolanda	Nein
Sjöberg Anders	Nein
Stenz Pascal	Nein
Wacker Michael	Ja
Weber Moritz	Nein

Weisshaupt Robert	Nein
Willisegger Martin	Nein

8. Zahlenteil (Seiten 52 ff.)

Stefan Giezendanner, Einwohnerrat

Antrag zu S. 69, 0.120.3170.01, Ehrenaussagen: Die Ehrenaussagen sind um CHF 10'000 auf CHF 100'000 zu reduzieren. Es gibt keinen begründeten Anlass für erhöhte Kosten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Es gibt einen Anlass. In der Position sind die Jubiläumsgeschenke für die Senioren enthalten. Die Zahlen bei den Senioren nehmen stark zu, bei der Generation Ü80 in den kommenden Jahren um den Faktor 3. Wegen der Zunahme gab es in den letzten Jahren stets Überschreitungen des Budgets. Für 2021 wurde der Betrag so angepasst, dass der budgetierte Betrag auch ausreicht. Der jeweils geschenkte Wein wird sehr geschätzt.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ist es tatsächlich möglich, dass so viel mehr Wein benötigt wird?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtrat

Die Rechnung 2019 war schon ziemlich überschossen. Die Kosten sind nicht in einem Jahr um so viel gestiegen, sondern über die letzten Jahre stetig. Wir mussten jetzt einfach eine Anpassung vornehmen, damit das Budget eingehalten werden kann. Auch die Apéro-Spenden an Klassenszusammenkünfte oder auch an Verbände sind in dieser Budgetposition enthalten.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Wenn ich das so höre, können wir wegen Corona die CHF 10'000 vermutlich gut streichen, weil viele Apéros auch 2021 nicht stattfinden können.

Abstimmung über die Kürzung: 27 für Kürzung, 11 gegen Kürzung

Stefan Giezendanner, Einwohnerrat

Antrag zu S. 74, 0.222.3130.00, Dienstleistungen Dritter: Der Betrag ist um CHF 30'000 zu kürzen. Die IT-Analyse ist für maximal CHF 50'000 statt 80'000 durchzuführen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Die Analyse wurde schon einmal verschoben. Es soll auch die Schulinformatik in die Analyse mit einbezogen werden. Deshalb ist der Betrag so, wie er eingestellt wurde. Die Höhe wird benötigt, um die gewünschten Fragen zu klären.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Basiert der Budgetbetrag auf einer Richtofferte?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Es gibt eine Offerte.

Abstimmung über die Kürzung: 12 für die Kürzung, 24 gegen die Kürzung

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Frage zu S. 96, 2140: Es gibt ein Musikschulreglement, welches vorschreibt, dass mindesten 50 % der Kosten durch Elternbeiträge abgedeckt sein müssen. Wieso ist das nicht so im Budget umgesetzt? Scharf formuliert liegt hier ein Verstoss gegen das Reglement vor.

Dominik Gresch, Stadtrat

Seit Jahren wird der Kostenteiler nicht eingehalten. Zwischen Schulpflege und FGPK laufen Gespräche. Zudem gibt es parallel Bestrebungen für eine Regionalisierung der Musikschule. Eine Lösung haben wir aber nicht. Die Regionalisierung soll abgewartet werden.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Das Reglement wird seit Jahren von der Schulpflege nicht eingehalten. Entweder man muss das Reglement revidieren oder man setzt die Beiträge richtig an. Er stellt einen Kürzungsantrag zu Konto 2140.4231.00: Die Beiträge der Eltern seien auf CHF 569'200 zu erhöhen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Der Stadtrat hat schon mehrfach auf das Thema aufmerksam gemacht, auch via FGPK. Zuständig ist aber die Schulpflege und der Stadtrat kann gegenüber der Schulpflege keine Forderungen stellen. Wenn wir jetzt einfach Beiträge erhöhen, gibt es ein Chaos. Man müsste die Elternbeiträge per Januar sofort erhöhen. Der Stadtrat hätte sich mehr Unterstützung der FGPK erhofft, dass das Reglement eingehalten wird. Die Chance dafür wurde aber verpasst.

Robert Weishaupt, Einwohnerrat

In der Tat wurde das Thema in der FGPK aufgegriffen und sehr intensiv, auch mit dem Schulpflegepräsidenten, diskutiert. Es soll in ca. 2 Jahren eine regionale Musikschule geben. Man hätte nun das Reglement mit grossem Aufwand für ganz kurze Zeit anpassen müssen. Die FGPK hat deshalb entschieden, nichts zu unternehmen, sondern die regionale Musikschule abzuwarten. Die Musikschule arbeitet zum Beispiel gratis für das Kinderfest. Wenn man dies intern dem Kinderfest verrechnen würde, könnte man das Verhältnis verbessern.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Seit einigen Jahren wird das Reglement nicht eingehalten. Nun sollen wir sagen, dass wir es weiterhin nicht einhalten wollen? Ich kann nicht verantworten, dies zu tun.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Ja, es wird seit Jahren nicht eingehalten. Eingreifen hätte der Einwohnerrat können, nicht der Stadtrat.

Dominik Gresch, Stadtrat

Wenn jetzt die Anpassung angegangen würde, wäre diese letztlich nur noch für ca. ein halbes Jahr wirksam, sollte die Regionalisierung kommen. Wenn die Regionalisierung verzögert würde oder nicht kommt, nehme ich mit, dass das Beitragsmodell geprüft werden muss.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ich ziehe den Antrag zurück. Die Begründung wurde geliefert. Ich weise aber darauf hin, dass der Missstand seit Jahren besteht und seitens FGPK zu wenig gemacht wurde. Die Schulpflege wird es bald nicht mehr geben. Ich hoffe, dass alle involvierten Stellen künftig gemeinsam hinschauen und dafür sorgen, dass dies in Ordnung kommt.

Maya Freiermuth, Einwohnerrätin

Antrag zu S. 106, 3210, Open Library: Es wurden keine Fakten genannt (z. B. Umfrage), ob längere Öffnungszeiten wirklich gewünscht sind. In Zeiten von Corona erscheint es komisch, dass öffentliche Räume geschaffen werden, die dann wieder überwacht werden müssen. Die Positionen (Ausgaben und Einnahmen) sollen für 2021 gestrichen werden und evtl. später wieder begründet eingestellt werden.

Christiane Guyer, Stadträtin

Die Bibliothek weist sehr viele Besuchende auf, welche in die Altstadt kommen. Es wurden verschiedene Umfragen gemacht. Daraus war ersichtlich, dass längere Öffnungszeiten gewünscht werden. Auch der Bibliotheksverband weist aus, dass eine Bibliothek von unserer Grösse 45 Stunden geöffnet sein sollte. Aktuell sind wir bei 36 Stunden. Die Open Library ermöglicht einfache Begegnungen. Das Gesamtbudget der Bibliothek ist tiefer als in der Vergangenheit. Es wurden andere Positionen gekürzt. Das Schliesssystem muss sowieso erneuert werden. Es würden somit effektiv nicht die CHF 23'000 gespart, sondern deutlich weniger. Ich empfehle, den Antrag abzulehnen.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat

Die Open Library ist in Zeiten von Corona genau richtig. Die Flexibilität wird erhöht und es werden auch neue Personen angesprochen. Das Angebot ist zeitgemäss und soll nicht gestrichen werden.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die FDP hat die Frage nach Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit aufgeworfen. Das Projekt Open Library kommt aus dem Zukunftskafi. Die Umsetzung dieses Projekts ist Wertschätzung der Arbeit der Freiwilligen im Zukunftskafi. Es wurde auch erwähnt, dass durch Wohnortattraktivität das Steuersubstrat erhöht werden kann. Die Open Library erhöht die Attraktivität der Bibliothek und damit die Standortattraktivität.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bibliothek über eine Million im Budget hat. Die Rechnung 2019 lag um CHF 140'000 tiefer. Es schadet also nicht, genau hinzuschauen. Wir diskutieren seit Jahren über den Stadtsaal, der ein deutlich tieferes Nettoergebnis hat. CHF 1 Mio. für eine Bibliothek in der Stadt unserer Grösse ist eine stolze Summe.

Abstimmung über die Kürzung: 14 für die Kürzung, 24 gegen die Kürzung

Salomé Fankhauser, Einwohnerrätin

Antrag zu S. 112, 4310.3636.00, Beiträge Sportvereine: Gesundheitsförderung und Sport ist wichtig. Die Vereine haben dieses Jahr unter Corona stark gelitten. Folgen können sein, dass die Beiträge für die Sportlerinnen und Sportler steigen, was verhindert werden muss. Die Stadt muss die Vereine weiterhin unterstützen. Antrag: Für Beiträge an Sportvereine sollen CHF 40'000 budgetiert werden (+ CHF 5'000 gegenüber Antrag Stadtrat).

Peter Siegrist, Stadtrat

Die CHF 5'000 weniger gegenüber Budget 2020 betrifft einen Verein, bei dem eine Anpassung aus Fairnessgründen gegenüber anderen Vereinen vorgenommen werden soll. Andere Vereine sind nicht von dieser Kürzung betroffen. Wenn wir die CHF 5'000 wieder hochgehen, hätten wir einfach mehr Geld für die anderen Vereine. Mit dem aktuell beantragten Budget kürzen wir bei keinem anderen Verein die Beiträge.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Solche Informationen müssen im Vorfeld ausgewiesen werden. Ich unterstütze den Antrag der SP.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Ich muss den Antrag ablehnen. Man kann vorgängig dem Stadtrat auch Fragen stellen. Ich habe die Antwort des Stadtrates sehr schlüssig gefunden und die beabsichtigte Transparenz unterstütze ich. Es herrscht keine Transparenz in Zofingen betreffend Sport. Wo ist das Sportförderkonzept? Ich beantrage, den Antrag der SP abzulehnen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Wir geben grundsätzlich denjenigen Sportvereinen Beiträge, die keine Infrastruktur in Zofingen benötigen oder benötigen. Dies als gerechter Ausgleich zu Vereinen, die Anlagen der Stadt nutzen. Dem Tennisclub hat man stets Beiträge zukommen lassen. Nebst den Beiträgen hat der Tennisclub aber auch das Land zur Verfügung gestellt bekommen. Es ist also weiterhin eine Sportförderung, sie fliesst aber etwas anders. Daneben werden auch Investitionen in die Sportanlagen getätigt, wir sind also weit weg von Kürzungen.

Salomé Fankhauser, Einwohnerrätin

Dankt für die Ausführungen und zieht den Antrag zurück.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Antrag zu S. 110, 3290.3636.00, Beiträge Kultur: Der Beitrag ist um CHF 20'000 auf 120'000 zu erhöhen. Begründung: Aufgrund von Corona konnten viele kulturelle Institutionen keinen oder wenig Ertrag generieren. Dem Gastgewerbe hat der Stadtrat Gebühren erlassen. Ein gleiches Zeichen soll nun auch für die kulturellen Vereine gesetzt werden. Kulturelle Veranstaltungen unterstützen jeweils auch die Wirtschaft. So gesehen ist eine Erhöhung auch eine Wirtschaftsförderung.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Bittet, den Antrag abzulehnen. Bis 2018 wurden in diesem Konto auch Kosten von ca. CHF 45'000 für das Kunsthaus ausgewiesen. Dies ist nun separat budgetiert. Der Betrag war in der Vergangenheit deshalb höher als im Budget 2021 ausgewiesen. 2019 wurden ca. CHF 103'000 benötigt. Dies wurde auf CHF 100'000 gerundet, auch, weil wegen Corona gewisse Veranstaltungen nicht stattfinden können. Es liegt also nicht eine eigentliche Kürzung vor.

Christiane Guyer, Stadträtin

Für Kultur kann man immer mehr Geld ausgeben. Wir mussten aber im Rahmen des Gesamtbudgets eine vertretbare Grösse finden. Kulturförderung basiert auf drei Beinen: Leistungsvereinbarungen mit grösseren Institutionen (unabhängig von der Anzahl durchgeführter Veranstaltungen), Beiträge an kleine Kulturveranstalter sowie Beiträge an einzelne Projekte. Für die ersten zwei Beine werden ca. CHF 95'000 benötigt. Für Einzelprojekte wurde 2021 zurückhaltend budgetiert.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Dankt für die Ausführungen. Handelt es sich somit nur um projektbezogene Ausgaben?

Christiane Guyer, Stadträte

Nein, es gibt Festbeträge, im Rahmen der Leistungsvereinbarungen mit den grösseren Institutionen, sowie fixe Beiträge an kleinere Veranstalter. Die projektbezogenen Beiträge gehen meistens an jüngere Künstler, wo situativ entschieden wird.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Hält am Antrag fest. Gerade Einzelpersonen und Institutionen sollen in Gleichberechtigung mit dem Gewerbe berücksichtigt werden. Dies umso mehr in Corona-Zeiten, wo es um Existenzen geht.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Ich würde es begrüßen, wenn wir die zuständige Person der Verwaltung für Kultur gehört hätten. Viele junge Leute mit Projekten benötigen Förderung. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der SP. Es geht um einen Mikro-Betrag des Gesamtbudgets. Im Legislaturprogramm lesen wir auf Seite 4, dass die ehrenamtliche Tätigkeit und auf Seite 11, dass das kulturelle Angebot gefördert werden soll. Das kann man nicht mit immer weniger Geld machen. In diesen Zeiten vermitteln Veranstaltungen auch ein gutes Gefühl, welches vielen fehlt. Kultur ist gesellschaftlicher Kitt, der auch aus sozialer Sicht sehr wichtig ist. Kürzungen können auch mit sich bringen, dass kleinere Künstler z. B. auch keine Beiträge des Kuratoriums bekommen, weil diese Beiträge nur subsidiär geleistet werden. Die CHF 20'000 können wir an einem anderen Ort streichen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Es kann gut sein, dass ich es nicht begreife, aber ich denke, dass die entscheidende Zahl fehlt. Wir sprechen ja nicht von Sparen. In der Rechnung 2019 sind CHF 103'000 effektive Ausgaben ausgewiesen. Es geht also um CHF 3'000, welche für 2021 weniger budgetiert wurde. Die Projektbeiträge werden projektbezogen gesprochen. Bei CHF 3'000 kann nicht von existenzbedrohenden Kürzungen gesprochen werden. Ich kann mich aber auch irren.

Adrian Borer, Einwohnerrat

In der Kultur geht es um viele Klein- und Kleinstunternehmer. Bei Anlässen bleibt auch viel Geld in der Stadt. Gleichzeitig leben viele in prekären Existenzen. Wenn wir die Gastro-Unternehmer unterstützen, können wir auch die Kultur unterstützen.

Christiane Guyer, Stadträtin

Im diesjährigen Budget war auch das Projekt BigNik enthalten, weshalb 2020 ein höherer Beitrag eingestellt war. Das Projekt konnte aber nicht durchgeführt werden (Corona). Ich fördere persönlich leidenschaftlich die Kultur. Das Budget ist aber ein Gesamtbudget des Stadtrates.

Abstimmung über Erhöhungsantrag: 13 für die Erhöhung, 20 gegen eine Erhöhung

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Antrag zu 3291.3010.00, Löhne Stadtsaal: Kürzung um CHF 50'000. Auch 2021 können diverse Anlässe nicht durchgeführt werden. Es kann zudem auch nicht sein, dass mehr Lohnkosten anfallen, als Erträge generiert werden.

Peter Siegrist, Stadtrat

Die Lohnkosten bestehen aus Fixkosten für die Festangestellten und variablen, anlassabhängigen Kosten. Wir gehen aktuell von normalen Kosten aus, nicht von reduzierten Corona-Kosten. Wenn Anlässe nicht stattfinden, werden die entsprechenden Kosten auch nicht anfallen. Wir werden bei den variablen Kosten nur das ausgeben, was wirklich benötigt wird. Wenn wir bei den Fixkosten reduzieren, muss es Leistungsabbau geben. In den variablen Kosten sind auch Leistungen der Chance Z! enthalten, die im Rahmen des Arbeitseinsatzes im Stadtsaal mithelfen.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Warum wurden denn CHF 13'000 mehr budgetiert als dieses Jahr?

Peter Siegrist, Stadtrat

Dieses Jahr wurde eine Vakanz nicht ersetzt. Wir werden dieses Jahr günstiger sein, sind aber im Risiko, falls der Betrieb wieder hochgefahren werden kann.

Abstimmung über die Kürzung: 10 für die Kürzung, 28 gegen die Kürzung

Moritz Weber, Einwohnerrat

Antrag zum Seniorenzentrum: Von 2018 auf 2021 sind CHF 400'000 mehr Löhne eingestellt. Parallel dazu wurden aber offenbar in der Küche Aufträge von über CHF 320'000 verloren. Zusammenge-rechnet resultiert somit eine Differenz von CHF 720'000. Dieses Budget kann ich nicht nachvollzie-hen. Mir bleibt nur, auf Einzelpositionen zu gehen, das sind aber Peanuts. Dieses Budget müssten wir eigentlich so zurückweisen. Antrag zu Position 4121.3099: Reduktion um CHF 10'000 auf CHF 42'000.

Rahela Syed, Stadträtin

Der Betrag von CHF 52'000 wird benötigt. Bei höheren Pflegestufen fällt ein höherer Personalauf-wand an.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ich bin nicht drausgekommen. Steigt 2021 die durchschnittliche Pflegestufe?

Rahela Syed, Stadträtin

Davon gehen wir aus.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Auf dem Konto werden Goodies des Personals verbucht (Personalesse, Geschenke, Anlässe etc.). Die Pflegestufen haben Einfluss auf die direkten Lohnkosten. Gleichzeitig mit einem Anstieg der durchschnittlichen Pflegestufe müssen auch die Erträge steigen. Die Kürzung kann ich unterstützen, der Betrag ist immer noch grosszügig bemessen.

Rahela Syed, Stadträtin

Ein Anteil Qualitätssicherung ist ebenfalls dort verbucht.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin

Wir müssen uns überlegen, ob es um Zahlen oder um Menschen geht. Während Corona geht man klatschen. Nun, wo wir Wertschätzung zeigen können, will man kürzen. Das verstehe ich nicht.

Abstimmung über Kürzung: 22 für Kürzung, 15 gegen Kürzung

Moritz Weber, Einwohnerrat

Es geht mir um eine betriebswirtschaftliche Führung der Seniorenzentrums. Antrag zu Position 4121.3100.00, Büromaterial (2019 CHF 23'000, 2021 CHF 34'000): Kürzung auf CHF 17'000 (ana-log Betrag im Budget 2020).

Rahela Syed, Stadträtin

Darin enthalten sind Zuweisungen der EDV.

Felix Bader, Leiter Seniorenzentrum

Das Budget ist eine Übersetzung aus Curaviva in HRM 2. Beim Büromaterial sieht die Verdoppelung furchtbar aus. Es gab aber vor allem Verschiebungen innerhalb des Budgets sowie interne Verrechnungen der IT. Es wird nicht doppelt so viel Büromaterial benötigt.

Abstimmung über die Kürzung: 8 für Kürzung, 24 gegen Kürzung

Stéphanie Hagmann, Einwohnerrätin

Antrag zu S. 122, 3199.00: Die Projekte des Zukunftskafi sollen gestrichen werden. Es wird nicht klar, wieso dies im Bereich Alter und Gesundheit budgetiert wird. Es wird lediglich mehrmals erläutert, dass es generationenübergreifend ist. Es ist nicht ersichtlich, wieso dies ein Bedürfnis von Senioren ist, auch wenn das Projekt an sich zu begrüssen ist. Zudem müssen in der jetzigen Krise alle Federn lassen. Es kann nicht sein, dass bei seit Langem bestehenden Projekten Mittel gekürzt werden sollen, und hier für neue Projekte Geld gesprochen wird. Die Stadt stellt schon das Grundstück und Nebenleistungen des Werkhofes zur Verfügung.

Rahela Syed, Stadträtin

Es geht um ein generationenübergreifendes Projekt, welches von der Fachstelle Alter und Gesundheit des Kantons vermittelt wurde. Es musste ein verantwortlicher Bereich bestimmt werden. Das Projekt entspricht den Leitsätzen des Legislaturprogrammes. Es betrifft von Jung bis Alt verschiedene Menschen. Der Lead wurde bei Alter und Gesundheit angesiedelt und deshalb auch dort budgetiert. Wenn sich die Stadt nicht finanziell beteiligt, werden auch gewisse andere Beiträge nicht gesprochen (z. B. Swisslos-Fonds). Der geplante Verein soll später auch die Unterhaltsarbeiten vom Werkhof übernehmen.

Stefan Giezendanner, Einwohnerrat

Ich kann der Argumentationskette von Stadträtin Rahela Syed nicht folgen. Ich unterstütze den Antrag von Stéphanie Hagmann.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Ich bin selber im Projekt Zukunftskafi involviert. Die CHF 10'000 sind ein kleiner Teil an ein Projekt, welches von Freiwilligenarbeit lebt. Es wird bereits in der Projektgruppe generationenübergreifend gearbeitet. Auch das Angebot wird für alle Generationen sein. Das Zukunftskafi wurde von der Fachstelle Alter und Gesundheit organisiert und ist deshalb dort angesiedelt. Die CHF 10'000 braucht es trotz eines Beitrages von CHF 100'000 von einer Stiftung. Ein Teil des Projekts ist daran gebunden, dass die Stadt ebenfalls Beiträge leistet. Es ist ein Langzeitprojekt, welches seit mehr als einem Jahr bereits läuft. Hier sollten wir nicht kürzen, der Posten ist nicht sehr gross.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Mir fehlt das Verständnis, warum wir über CHF 10'000 diskutieren, wenn wir andernorts viel grössere Beträge als im Vorjahr ausgeben. Bittet, den Antrag abzulehnen.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Heute werden etablierte Konzepte fast ausgehungert, man lanciert aber zusätzlich neue Projekte. Mit der Kürzung von CHF 10'000 wird das Projekt nicht verhindert. Wenn die Finanzlage nächstes Jahr besser aussieht, kann man immer noch etwas geben. Ich bin für die Streichung.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Findet, dass das Projekt nicht in den Bereich Alter passt, weil in den Akten viel von Biodiversität und naturnahe Gärten steht. Im Bereich Kultur und Sport sind auch CHF 20'000 für den Unterhalt von Grundstücken eingestellt. Das wird mit einem anderen Gartenkonzept vermutlich verändert. Ich stelle den Antrag, in der Position 3140.00 den Unterhalt Grundstücke um CHF 5'000 zu erhöhen. Wenn wir das mit der anderen Unterhaltsposition verbinden, können wir die CHF 10'000 streichen.

Rahela Syed, Stadträtin

Der Betrag von CHF 10'000 ist nicht alleine für den Gemeinschaftsgarten, sondern auch für das Projekt Begegnungsraum. Beide sind aus dem Zukunftskafi entstanden. Der eingestellte Betrag ist für die Finanzierung des Anschubs gedacht. Für den Gemeinschaftsgarten ist von einem Profi ein Detailplan zu erstellen. Beim Begegnungsraum hat eine Hochschule ein Grobkonzept erarbeitet. Nun muss geplant werden, welche konkreten Massnahmen realisiert werden sollen. Bezüglich Gemeinschaftsgarten besteht auf jeden Fall eine Zusammenarbeit zwischen der FS Natur und Landschaft und dem Werkhof.

Peter Siegrist, Stadtrat

Wir können nicht einfach Geld hin und her schieben. Das Budget beinhaltet Überlegungen, das ist nicht einfach "Finger in die Luft".

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Grundsätzlich ist dem Begegnungsraum nichts entgegenzusetzen. Wir haben auf Seite 122 die Realisation des Projekts, auf Seite 124 folgen aber noch weitere Projektkosten für Freiwilligenprojekte. Was soll da bezahlt werden?

Gian Guyer, Einwohnerrat

Es ist viel Herzblut in diesen Projekten. Es braucht diesen geringen Teil des Budgets für die fachlich begleitete Planung. Daneben wird viel Freiwilligenarbeit geleistet.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Ich verstehe nicht, wieso wir so viel Zeit für CHF 10'000 brauchen. Wir brauchen das Geld nicht, um Freiwilligenarbeit in bezahlte Arbeit umzuwandeln. Es geht um die Projektierung der Umsetzung. Unabhängig davon gab es vorher, und gibt es nachher, sehr viel Freiwilligenarbeit.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die CHF 10'000 können für diese Projekte existenziell sein. Ohne finanzielle Beteiligung der Standortgemeinde gibt es z. B. kein Geld von Swisslos. Wenn wir den Betrag nicht sprechen, wird sich Swisslos nicht an den Kosten beteiligen.

Abstimmung über Streichungsantrag: 11 für Streichung, 26 gegen Streichung

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Frage zu S. 118, 3181, Forderungsverluste: Müssen so viele Forderungen abgeschrieben werden?

Rahela Syed, Stadträtin

Es sieht leider so aus. Es gibt immer wieder Personen, bei denen nach dem Tod offene Forderungen bestehen bleiben, die abgeschrieben werden müssen.

Moritz Weber, Einwohnerrat

Frage zu S. 117: Der Auftrag für die Belieferung des Gefängnisses ist entfallen. Warum ist der Aufwand für Getränke und Lebensmittel nicht mindestens proportional gesunken?

Rahela Syed/Felix Bader, Stadträtin/Leiter Seniorenzentrum

Im Auftrag waren auch noch ca. CHF 100'000 für Transportkosten enthalten. Es kann nicht eine 1:1-Umrechnung vorgenommen werden. Zudem wies der Auftrag praktisch keine Marge auf.

Moritz Weber, Einwohnerrat

Ich halte zu Händen des Protokolls fest, dass ich mit der Antwort nicht zufrieden bin.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Anfragen sollen anständig erfolgen, mit Angabe der Kontonummer.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin

Frage zu S. 132, 6152.3130.03, Provisionen Stadtbüro: Für welche Leistungen bezüglich Parkhaus erhält das Stadtbüro Provisionen?

Peter Siegrist, Stadtrat

Es gibt 5 % Provision ans Stadtbüro für den Verkauf der 11 verschiedenen Abonnementstypen. Damit werden die Kreditkartenkommissionen, die Beratung und das ganze Handling abgegolten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Es gibt nebst den Jahresabos auch Monatsabos, welche hohen Aufwand verursachen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Antrag zu 6150.3141, Unterhalt Strassen, Verkehrswege: Kürzung des Betrags von CHF 310'000 auf 300'000. Wir unterhalten die Strassen auf hohem Niveau, da liegt eine Kürzung von CHF 10'000 drin.

Andreas Rüeegger, Stadtrat

Bittet, den Antrag abzulehnen. Der Unterhalt wird auf tiefem Niveau gehalten. Viele Gemeindestrassen sind in schlechtem Zustand. Wir sind am Minimum und hoffen, dass es nicht allzu strenge Winter gibt, sonst nehmen die Schäden massiv zu.

Stefan Giezendanner, Einwohnerrat

Michael Wacker hat Recht. Wir haben auch bei der Kultur eingespart. CHF 10'000 entsprechen 3 % der Budgetposition. Das muss drin liegen. Ich unterstütze Michael Wacker.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Heute ist der Abend der CHF 10'000. Man könnte meinen, wir seien in Italien und die Strassen seien in schlimmem Zustand. Bei uns gibt es keine schlimmen Strassenzustände.

Abstimmung über die Kürzung: 34 für die Kürzung, 5 gegen die Kürzung

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Antrag zu S. 132, 6152.4240.00, Parkhaus, Tickets: Die Mindereinnahmen 2020 aufgrund von Corona müssen im 2021 auch berücksichtigt werden. Die Einnahmen sind um CHF 120'000 zu kürzen.

Antrag zu S. 132, 6151.4240.00, Parkplatzgebühren: Auch hier sind die Ausfälle 2020 auch im 2021 mit einem Minus von CHF 70'000 zu berücksichtigen.

Andreas Rüeegger, Stadtrat

Es ist tatsächlich davon auszugehen, dass es bei diesem Posten aufgrund von Covid Mindereinnahmen geben wird. Wie bereits diskutiert, erwarten wir auch bei anderen Positionen aufgrund von Corona Veränderungen, und haben sie auch nicht mit Budget bereits vorsorglich angepasst. Bei den Oberflächenparkplätzen ist der Betrag höher, weil neue Ticketautomaten angeschafft werden und die Gebührenpflicht wird auf sämtliche öffentliche Parkplätze ausgeweitet. Er plädiert dafür, dass auf beide Streichungen verzichtet wird.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Das Budget wurde erstellt, als die Auswirkungen von Covid noch nicht klar waren. Ob sie beim Parkhaus kürzen wollen, ist ihnen überlassen. Wir wissen, dass eine Korrektur kommt, aber nicht wie hoch sie ist. Auf der Oberfläche soll nicht gekürzt werden. Es werden immer mehr Parkplätze bewirtschaftet, was Mehrertrag geben sollte.

Abstimmung über die Kürzungsanträge:

Reduktion Parkhaus um CHF 120'000: 19 Zustimmung, 14 Ablehnung

Reduktion Oberfläche um CHF 70'000: 5 Zustimmung, 33 Ablehnung

Markus Gfeller, Einwohnerrat

Antrag auf Streichung der drei Positionen (7301.3111.01, 7301.3130.05, 7301.4240.02) zu den Mehrwegbechern. Wir haben den Pilotversuch am Zapfenstreich erlebt. Etliche haben aus dreieckigen Bechern getrunken. Das Vorgehen war falsch. Der Einwohnerrat hat dem Thema eine Chance gegeben mit der Überweisung des Postulats. Die Anbieter müssen nun mit einbezogen werden. 2021 ist der falsche Zeitpunkt für Anschaffungen. Dies soll erst nach Erstellung des entsprechenden Abfallkonzepts geschehen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Wenn Streichungen gemacht werden, ist es richtig, dass die Veränderung bei allen drei Positionen vorgenommen wird. Am Zapfenstreich vor zwei Jahren haben wir bezüglich der Becher einen Pilotversuch durchgeführt. Aufgrund der Lehren daraus hat der Stadtrat entschieden, künftig nicht mehr auf das Verkaufssystem zu setzen, sondern das Depotsystem einzuführen. Dies zieht mit sich, dass wir Becher beschaffen müssen, um genügend zu haben. Dieses Konzept ist primär für den Zapfenstreich gedacht, aber es ist zu prüfen, ob weitere Veranstaltungen einbezogen werden können. Jedoch ist zu bedenken, dass Grossveranstaltungen wie z. B. das Heitere Openair eigene, sehr gute Abfallkonzepte haben.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Die Ausführungen von Markus Gfeller sind nachvollziehbar. Es ist am Schluss ein politischer Entscheid. Seit Corona ist Einweg das Zauberwort. Gibt es Überlegungen, dass es diesbezüglich Konflikte geben könnte?

Peter Siegrist, Stadtrat

Am Zapfenstreich sind die meisten Anbieter Gastronomen mit Gastro-Abwaschmaschinen. Das Virus überlebt die Temperaturen in diesen Maschinen nicht. Deshalb ist auch Mehrweg möglich.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Es stellt sich die Frage, ob man ein Konzept selber durchziehen muss, oder ob ein externer Spezialist eine Lösung bringt.

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Wir diskutieren das dritte Mal über das Thema. Heute ist der Punkt gekommen, wo wir die Gelder streichen. Wir können selber dafür sorgen, dass wir weniger Abfall produzieren. Ich hoffe, das Thema ist danach gegessen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Wir können die Becher günstiger anbieten als ein professioneller Anbieter. Das ist eine Grundsatzfrage.

Gian Guyer, Einwohnerrat

Es ist heute nicht die Frage: Mehrwegbecher ja oder nein. Das war die Frage bei der Überweisung des Postulats. Ich erwarte, dass diese Stossrichtung auch so umgesetzt wird. Wenn es dafür Geld braucht, muss dieses genehmigt werden.

Abstimmung Kürzungsanträge zu den Mehrwegbechern: 19 für die Kürzung, 18 gegen die Kürzung

Markus Gfeller, Einwohnerrat

Antrag auf Aufhebung der Fachstelle Natur und Landschaft mit Streichung aller Mittel der Position 7500. Es müssen Doppelspurigkeiten vermieden werden. Die Fachstelle ist nach übergeordnetem Recht keine Pflicht. Baugesuche ausserhalb Baugebiet werden vom Kanton behandelt. Die Fachfragen werden dort abgedeckt. Bei Baugesuchen innerhalb Baugebiet weist die Bauverwaltung und der Werkhof genügend Kompetenz auf. Dienstleistungen und Beratungen sind Sachen, die man zwar wünschen kann, aber auch da gibt es schon viele gute Angebote des Kantons, z. B. das Naturama. Die Fachstelle läuft doppelspurig und ist deshalb nicht nötig.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Die Fachstelle wird bei Baugesuchen nicht nur marginal gebraucht und der Kanton deckt ausserhalb Baugebiet nicht alles ab. Sämtliche Arealüberbauungen und Gestaltungspläne werden von der Fachstelle betreut. Dies könnte man zwar auslagern, aber zu höheren Kosten. Gespart wird also nichts. Ausserdem wird bei Auslagerungen viel Zeit verloren, was das Baubewilligungsverfahren weiter bremst.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Die Positionen 7500 sind umfassender und betreffen nicht nur die Fachstelle. Die Auslagerung der Aufgaben würde teurer.

Peter Siegrist, Stadtrat

Es wird einfach eine Verteilung der Aufgaben in andere Bereiche geben, wie z. B. zum Wald, zum Werkhof oder zum Bau. Man kann nicht einfach alles verschieben ohne Ressourcen. Am Schluss werden wir teurer werden.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Ein wichtiges Element der Siedlungsentwicklung sind die Gestaltungspläne. Das Fachwissen der Fachstelle Natur und Landschaft brauchen wir, wenn wir den eingeschlagenen positiven Weg weitergehen wollen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Schliesst sich dem Votum von André Kirchhofer an. Er ist ausserdem der Meinung, dass die SVP ihren Job in der FGPK nicht gemacht hat. Denn solche Fragen, wie sie heute zum Seniorenzentrum und nun zur Fachstelle Natur und Landschaft gestellt werden, wären dort am richtigen Platz gewesen.

Abstimmung über die Kürzung: 8 für die Kürzung, 31 gegen die Kürzung

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Fragt, wie lange eine Einwohnerratssitzung dauern darf, und ob die Anwesenden noch fit genug sind. Kann eine Pause eingelegt werden?

Barbara Willisegger, Präsidentin

Es wird eine Pause von fünf Minuten eingelegt.

Marco Negri, Einwohnerrat

Antrag zu S. 142, 8400.3636.00: Kürzung auf CHF 75'000 (entspricht der Rechnung 2019 und der bisher höchsten benötigten Summe in den letzten Jahren). Somit können dieselben Ausgaben getätigt werden wie 2019.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Sponsoringbeiträge hängen stark von individuellen Ereignissen ab. Entsprechend variiert der Betrag.

Peter Siegrist, Stadtrat

Ich gehe nicht einfach vom Betrag der letzten Rechnung aus. Wir haben festgestellt, dass die Beträge variieren. Dies rührt zum Beispiel daher, dass ein Verein ein Jubiläum hat und deshalb einen grösseren Beitrag bekommt. Früher kamen diese Beiträge aus einem Konto. Wir versuchen nun, die Beträge Sport und Stadtmarketing auseinanderzuhalten. Es gibt neu verschiedene Konten: Eines für Beiträge an die Vereine, eines für wiederkehrende Grossanlässe und eines für einmalige Anlässe (2019 z. B. Schwingfest, Stadtfest). Nun wissen wir von vielen Vereinen oder Anlässen, wann sie ein Jubiläum feiern und können so genauer budgetieren.

Michael Wacker, Einwohnerrat

In meinem Budget lese ich einen höheren Betrag.

Marco Negri, Einwohnerrat

Ich habe den Betrag leicht gerundet, auf CHF 75'000. Man hat immer höher budgetiert, als was man am Schluss effektiv ausgegeben hat.

Peter Siegrist, Stadtrat

Ergänzt noch Details zur Budgetposition.

Abstimmung über die Kürzung: 9 für die Kürzung, 30 gegen die Kürzung

Marco Negri, Einwohnerrat

Antrag zu S. 146, 9610.4451.00, Dividendenertrag StWZ: Der Dividendenertrag sei um CHF 120'000 zu erhöhen. Die Erhöhung entspricht der Formel der Eigentümerstrategie.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Das Budget der StWZ war noch nicht bekannt, als die Dividenden budgetiert wurden. Voraussichtlich wird der Abschluss 2020 besser ausfallen, als budgetiert. Die Dividende wurde auch wegen Corona zu vorsichtig budgetiert. Er stimmt zu, dass der Betrag erhöht werden kann, würde aber eine moderate Erhöhung um CHF 100'000 vorschlagen.

Die Präsidentin fragt Marco Negri an, ob er seinen Antrag ändern will. Marco Negri verneint dies. Der Antrag bleibt somit unverändert.

Abstimmung über Erhöhungsantrag: 21 für die Erhöhung, 7 gegen die Erhöhung

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Frage zu S. 147, 9901, Werkhof: Aufwand und Ertrag scheinen stabil zu sein. Der Werkhof dürfte aber wegen Corona deutlich weniger beschäftigt sein. Wie sind die Einschätzungen? Was werden für Massnahmen getroffen?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Der Werkhof wird in der Rechnung immer "auf Null gestellt", das heisst Aufwand und Ertrag ist immer gleich hoch. Wenn die externen Verrechnungen tiefer ausfallen, bleiben diese Kosten intern hängen, das heisst die entsprechende interne Verrechnungsposition wird grösser. Wir sind daran, diesbezüglich Überlegungen für die Zukunft zu treffen.

Peter Siegrist, Einwohnerrat

Wir sind für 2020 aktuell ca. CHF 115'000 im Minus. Wie es nächstes Jahr aussieht, ist völlig offen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Für mich stellt sich die Grundsatzfrage, ob man nicht aufgrund der internen Mechanismen Geld sparen kann, wenn man gewisse Dienstleistungen extern ausführen lässt, anstatt die Ressourcen intern vorzuhalten.

Peter Siegrist, Einwohnerrat

Wir haben gewisse Umdisponierungen vorgenommen, und z. B. in der Badi Leistungen durch den Werkhof erbracht, anstatt durch externe Dritte. Einfachere Arbeiten werden wir künftig via Chance Z! ausführen. Eine anstehende Pensionierung wird deshalb nächstes Jahr nicht ersetzt.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtrat

Er erläutert den Mechanismus des Budgets des Werkhofes.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Antrag zu S. 166, INV00102, Kreisel Riedtal: Der Kreisel ist aus meiner Sicht nicht nötig. Wir werden letztlich eine Million ausgeben, worauf wir verzichten können. Ich beantrage deshalb, bereits das Geld für die Planung des Kreisels zu streichen. Das gibt die Chance, nochmals neu zu überlegen.

Robert Weishaupt, Einwohnerrat

Ich befahre die Kreuzung jeden Tag. Der Belag ist kaputt. Wir müssen sowieso sanieren. Im Riedtal wird tatkräftig gebaut. Zu Stosszeiten fliesst der Verkehr nicht richtig. Deshalb bittet er, den Antrag nicht zu unterstützen.

Andreas Rügger, Stadtrat

Bittet darum, den Betrag drin zu lassen. Es ist unklar, ob die Strassengesetzrevision kommt. Wenn ja, würde der Kanton den grössten Teil bezahlen. Der Bau ist für 2024/2025 geplant. Der Budgetbetrag ist für die Planung vorgesehen. Wichtig ist, dass wir bereit sind, aber wir wollen koordinierte Baustellen auf der Kantonsstrassenachse. Die Belagssanierung steht in den nächsten 2-3 Jahren sowieso an.

Abstimmung über die Kürzung: 22 für die Kürzung, 15 gegen die Kürzung

Michael Wacker, Einwohnerrat

Antrag auf Streichung der Umnutzung Friedau, S. 161, 0290.5040.00, INV00250. Mit diesem Budgetkredit soll die Umnutzung der Friedau in eine Musikschule geplant werden. Wir bezweifeln, dass die Umnutzung in eine Musikschule finanziell vernünftig machbar ist. Die Friedau ist das falsche Gebäude. Man könnte wohl nur die Hülle stehen lassen. Handlungsbedarf ist zweifelsohne vorhanden, wir brauchen eine zentrale Musikschule. Es gibt ein gutes Beispiel in Luzern, welches für 27 Räume CHF 3.5 Mio. gekostet hat. So etwas wäre auch in Zofingen realisierbar. Es macht keinen Sinn, 2021 einen Umbau zu planen, von dem man weiss, dass es eine Notlösung ist. Es braucht weitergehende Überlegungen und eine politische Diskussion. Wir sind nicht gegen eine Umnutzung, aber einfach CHF 200'000 für eine Umnutzung zu bewilligen, ohne gewisse Diskussionen geführt zu haben, soll nicht gemacht werden. Der Stadtrat kann dem Einwohnerrat später immer noch eine Vorlage für einen Projektierungskredit unterbreiten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtrat

Wir wissen, dass es im Einwohnerrat viel architektonisches Grundwissen gibt. Das Votum ist etwas beleidigend für unsere Hochbauer. Wir haben das sehr wohl abgeklärt. Und wir haben auch geschaut, dass es eine sinnvolle Umnutzung gibt. Wenn wir CHF 3.5 oder 4 Mio. zur Verfügung hätten, gäbe es sicher auch andere Lösungen. Die Bausubstanz der Friedau ist gut und die Zimmergrössen sind ideal für eine Musikschule. Es kann eine durchaus gangbare Lösung geben. Wenn wir mit der Immobilienstrategie vorwärts kommen wollen, müssen wir vor allem die vielen Unternutzungen eliminieren. Die Musikschule blockiert uns dabei diverse Gebäude. Wir sind überzeugt, dass wir eine gute Umnutzung in der Friedau machen können.

Rudolf Günthardt, Einwohnerrat

Verständnisfrage: Wenn der Betrag gestrichen wird, kann man trotzdem einen Antrag auf einen Projektkredit stellen?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Ja, wir könnten mit einem Einwohnerratsantrag für einen Verpflichtungskredit kommen. Es macht einfach wenig Sinn, weil der Finanzbedarf für die Projektierung seriös geklärt wurde.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Die Musikschule ist seit ewiger Zeit an den verschiedenen Standorten, wo sie heute auch noch ist. Wir haben uns an anderen Orten erkundigt, z. B. in Luzern. Im Südpol wurde schlicht die Akustik vergessen. Man braucht folglich nicht nur Spezialisten aus dem Hochbau sondern auch Akustiker. In

Zofingen würde ein Bau, wie von Michael Wacker erwähnt, günstiger als in Luzern, aufgrund der topografischen Situation.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Ich kenne das erwähnte Projekt in Luzern, Music Box, und einen der Beteiligten sehr gut. Bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen. Ich würde nicht zu behaupten wagen, dass in der Friedau eine Musikschule nicht möglich ist. Mit dem Projektierungskredit können die Experten arbeiten. Beim vorliegenden Kürzungsantrag geht es letztlich doch nicht um die Musikschule, sondern wohl darum, dass die Jugi bleiben soll. Wenn man die Diskussion über die Nutzung der Friedau offen führen will, soll man den Betrag nun sprechen.

Oliver Maurer, Einwohnerrat

Ich habe mich bei den Fachpersonen der Musikschule erkundigt. Der Umbau der Friedau dürfte einfacher sein, als das Schwesternhaus damals. Mit Beizug eines Akustikers sollte der Umbau gut klappen. Ich bin dafür, den Antrag abzulehnen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Der Antrag hat nichts mit der Jugendherberge zu tun. Der Stadtrat hat begründeterweise Eigenbedarf angemeldet.

Abstimmung über die Kürzung: 7 für die Kürzung, 25 gegen die Kürzung

9. Kreditkontrolle (Seiten 178 ff)

Keine Wortmeldungen.

10. Finanzpläne (Seiten 185 ff)

Keine Wortmeldungen.

11. Anträge (Seite 191)

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

- 1. Der Erhöhung der Abwasserbenützungsgebühren gemäss § 39 des Reglements über Siedlungsentwässerung, Gewässerschutz, Wasserbau und Hochwasserschutz vom 24. November 2008 per 1. Januar 2021 von CHF 2.50 pro m³ auf CHF 2.90 pro m³ zuzüglich Mehrwertsteuer pro Kubikmeter Frischwasserbezug sei zuzustimmen.*

Dem 1. stadträtlichen Antrag wird mit 22:17 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung zugestimmt.

2. *Das Budget 2021 der Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 % und das Investitionsbudget 2021 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.*

Dem 2. stadträtlichen Antrag wird mit 31:4 Stimmen (ja/nein) bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

3. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2021–2030 sei Kenntnis zu nehmen.*

Dem 3. stadträtlichen Antrag wird mit 33:5 Stimmen (ja/nein) bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Traktandum 4 – Kreditbewilligung

GK 151

Wigger – Fuss- und Veloweg im Zusammenhang Hochwasserschutz und Renaturierung, Agglomerationsprogramm 1. Generation 2011-2014

Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg (glp), Referent FGPK

Die Umsetzung des Projekts sieht vor, eine neue Uferstrasse zu erstellen. Es sollen Synergien mit dem Hochwasserschutzprojekt genutzt werden. Baubeginn soll im 2023 sein. Die Kreditzusage schafft die nötige Planungssicherheit. Die Bruttokosten belaufen sich auf CHF 490'000. Die Finanzierung wird auf die Strassen- und die Abwasserkasse aufgeteilt. Das Vorhaben wird vom Bund im Rahmen des Agglomerationsprogramms mit 50 % unterstützt. Wenn die Verhandlungen zum Aeschwuh für längere Zeit blockiert bleiben sollten, wird eine Teilung des Projektes angestrebt. Dies bedeutet für GK 151, dass der Abschnitt zwischen Bleichesteg bis Aeschwuh später ausgeführt wird. Diese Verspätung sollte aber keinen Einfluss auf die Finanzierung aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes haben. Im Antrag zu GK 151 ist nicht klar ersichtlich, dass die Stadt Zofingen ein Wegrecht an der Weginfrastruktur im Bleicheareal besitzt und sich deshalb an dessen Unterhalt beteiligen muss. Der Bleicheweg ist in einem schlechten Zustand und auch Stützmauer, Geländer und Belag müssen mittelfristig saniert werden. Die Sanierungskosten sind nicht bekannt, aber je nach Ausmass der Sanierung können die Kosten einen tiefen sechsstelligen Betrag erreichen. Das Wegrecht, und damit auch die Beteiligung an den Unterhaltskosten, würde nach dem Erstellen des neuen Uferweges gelöscht werden. In der FGPK sind die Meinungen unterschiedlich zu diesem Thema: Es gibt die Meinung, dass eine Verbreiterung des Weges nicht nötig sei, andere finden es ein gutes Projekt, das mehr Verkehrssicherheit bringt. Diskutiert wurde auch die mögliche Enteignung, sollte der nötige Landerwerb nicht anders möglich sein. Die FGPK beurteilt eine Enteignung aus rechtspolitischer Sicht kritisch. Der Stadtrat ist jedoch zuversichtlich, dass der Landerwerb gut abgeschlossen werden kann. Die FGPK hat dem Antrag des Stadtrates mit 5:0, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

Rudolf Günthardt, Fraktionsvotum (FDP)

Die FDP hat eine geteilte Haltung. Es geht weniger um das Projekt oder den Betrag selber, als um den Meccano. Bei den Agglomerationsprogrammen besteht immer wieder ein Sachzwang. Wenn man ein Projekt nicht ausführt, können künftig Beiträge nicht gesprochen werden. Dieses Vorgehen ist undemokratisch. Der Einwohnerrat hat nichts dazu zu sagen, welche Projekte bei den Agglomerationsprogrammen angemeldet werden. Es muss künftig möglich sein, dass der Einwohnerrat vorab seine Meinung bekannt geben kann.

Stefan Giezendanner, Fraktionsvotum (SVP)

Es handelt sich um ein wünschbares, aber nicht um ein notwendiges Projekt. Die Beteiligung des Agglomerationsprogramms ist zwar verlockend. Aber die Stadt muss aus der eigenen Tasche Gelder beisteuern. Der Mehrwert rechtfertigt diese Investition nicht. Angesichts der ungenügenden Selbstfinanzierung der Stadt und anderer nötiger Projekte, lehnt die SVP das Projekt ab.

Adrian Borer, Fraktionsvotum (glp)

Das Geschäft hätte einen anderen Titel verdient: Erschliessung des Naherholungsgebietes Wigger. Das Ufer der Wigger wird stark aufgewertet. Heute ist das Ufer nicht schön. Viele Zofinger kennen das Ufer nicht. In Zukunft bleiben wir für den Steg unterhaltspflichtig, ausser wir würden auf das Wegrecht verzichten. Die Gewässer wären ein gutes Naherholungsgebiet. Wenn wir die Chance des Weges im Rahmen des Hochwasserschutzprojekts nicht packen, können wir den Weg später nicht mehr einfach realisieren. Zudem wären die Velos weg von der Hauptstrasse. Es braucht zwar einen gewissen Geldbetrag. Es ist aber eine einmalige Chance auf ein neues Naherholungsgebiet. Deshalb sagt die Fraktion ja zum Projekt.

Mathias Hostettler, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grünen erachten das Projekt als notwendig. Dem Veloverkehr gehört ein grösserer Stellenwert zuerkannt. Selbst Grossstädte wie Paris setzen auf das Velo. Die Kosten sind im Vergleich zum normalen Strassenbau vernachlässigbar. Er bittet den Rat um Zustimmung.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die Fraktion schliesst sich dem Votum der Grünen an. Hier steht der Veloverkehr im Zentrum. Es ist ein notwendiges Projekt. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (DYM)

Die Fraktion DYM stimmt dem Antrag zu. Die Argumente wurden von den Vorrednern genannt.

Andreas Rügger, Stadtrat

Letzte Woche wurde über den Stand des Hochwasserschutzprojekts orientiert. Das Verwaltungsgericht hat eine Beschwerde der Aeschwurgergenossenschaft abgewiesen. Die Probleme im Aeschwuh sind damit aber noch nicht komplett gelöst. Der Kanton hat sich deshalb dazu entschlossen, das Projekt zu splitten. Der obere Teil (Gemeindegrenze Brittnau/Zofingen bis zur Bleiche) wird im ersten Halbjahr 2021 aufgelegt. Der untere Teil (Aeschwuh) wird parallel dazu an die Hand genommen. Das Projekt stammt aus der ersten Generation der Agglomerationsprogramme. Der Bund bezahlt massgebend daran. Es ist eine Vorgabe des Bundes, dass die Exekutive die Projekte eingibt. Ein gewisses Demokratiedefizit ist effektiv gegeben. Hier ist der Stadtrat gespannt auf Vorschläge aus dem Wohnerrat, wie dies verbessert werden soll. Die Verbesserung des Veloweges und der Zugänglichkeit zur Wigger soll mit einem guten Weg erreicht werden. Eine Enteignung ist das letzte Mittel, es wird eine einvernehmliche Lösung für einen Landerwerb angestrebt. Das Projekt ist auf jeden Fall wünschbar, aber auch notwendig für den Veloverkehr. Es ist ausserdem das letzte Stück Veloweg des Aarelandweges, welches noch fehlt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Aufwertung des Fuss- und Velowegs entlang der Wigger sei ein Verpflichtungskredit von CHF 490'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:12 Stimmen (ja/nein) bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Traktandum 5 – Verwaltungsorganisation

GK 150

Bereich Soziales – Unbefristete Anpassung des Stellenetats um 140 %

Eintreten ist nicht bestritten.

Liliane Hofer (SP), Referentin FGPK

Die FGPK hat dem Antrag mit 9:0 zugestimmt. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Unregelmässigkeiten im Bereich Soziales festgestellt. Es wurde ein externer Prüfbericht in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse anschliessend zwei Jahre später nachgeprüft wurden. Das Milizsystem im Stadtrat hat bezüglich verfügbarer Pensen offenbar nicht ausgereicht. Ausserdem bestand eine heikle Personalkonstellation, welche es künftig zu vermeiden gilt. Nach dem Wechsel der Leitung soll mit der beantragten Aufstockung, welche sehr gut begründet ist, Versäumtes nachgeholt und Verbesserungen erzielt werden. Ziel ist es, die Leute rascher wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Trotz Unterdotation konnten bereits Verbesserungen bei den Sozialhilfekosten erzielt werden. Mit den Aufstockungen kann die Verweildauer in der Sozialhilfe reduziert werden. Es wird auch eine Steigerung der Personalzufriedenheit und eine Senkung der Fluktuation angestrebt. Die FGPK bittet den Rat um Zustimmung.

Rudolf Günthardt, Fraktionsvotum (FDP)

Die Verschiebung des Geschäfts hat sich gelohnt. Inzwischen haben alle Gespräche stattgefunden, und es konnten interessante Erkenntnisse gewonnen werden. Vieles lag im Argen beim Antritt von Cécile Wisler, was aufgearbeitet werden musste. Es gab ein Führungsmanko auf Stufe Ressort und auf Stufe Bereich. Inzwischen konnten grosse Einsparungen vorgenommen werden. Die FDP ist überzeugt, dass ein funktionierendes Gemeinwesen auch einen funktionierenden Bereich Soziales braucht. Das aktuelle Team zeigt tatkräftig, dass es gewillt ist, den Betrieb in geordneten Bahnen zu führen. Die FDP unterstützt den Antrag, bittet aber den Stadtrat, vorerst keine neuen externen Mandate mehr anzunehmen, sondern dem Team Zeit für die Aufarbeitung zu geben.

Moritz Weber, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion unterstützt den Antrag. Bereits in den Jahren 2014, 2016 und 2017 gab es klare Erkenntnisse über die mangelhafte Arbeit. Den Einwohnerräten wird immer wieder ein schönes Bild gezeichnet, welches in Tat und Wahrheit nicht besteht. Wie war es möglich, dass trotz Governance-Regeln der Ehemann einer Stadträtin den Bereich Soziales leiten konnte? Wieviel Geld ging verloren? Ich möchte wissen, wann der zuständige Stadtrat zurücktritt.

Oliver Maurer, Fraktionsvotum (DYM)

Wie der gut begründete Antrag darlegt, können mit den jetzigen Ressourcen die Aufgaben nur teilweise erledigt werden, auch wenn bereits Verbesserungen umgesetzt wurden. Schlussendlich

schlägt sich die Aufstockung aber in den Finanzen der Stadt nieder. Nach Investitionen in gutes Personal werden die Kosten der Sozialarbeit jedoch sinken. Alle Beteiligten werden aus der Erhöhung der Stellenprozente Vorteile ziehen können. Die Fraktion DYM steht einstimmig hinter der beantragten Stellenerhöhung.

Adrian Borer, Fraktionsvotum (glp)

Dankt für die gut ausgeführte Vorlage. Der Vergleich mit Oftringen zeigt ein Verbesserungspotenzial, welches mit der Stellenerhöhung mindestens teilweise ausgeschöpft werden kann. Das Geschäft wurde verschoben, so dass die FGPK sich ein Bild machen konnte. Es ist unverständlich, dass diese Aufarbeitung so lange gedauert hat. Erste Berichte stammen ja bereits aus dem Jahr 2016/2017. Die Vorlage reiht sich ein in eine Reihe von Stellenaufstockungsanträgen. Störend ist, dass die Gesamtsicht offensichtlich gefehlt hat. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Yvonne Lehmann, Fraktionsvotum (SP)

Die SP stimmt dem Antrag zu. Hätte man es eher merken können? Wichtig ist, dass wir es gemerkt haben, und dass wir nun gute Personen haben. Auch die Sozialhilfesuchenden sind gut aufgehoben.

Dominik Gresch, Stadtrat

Bedankt sich bei der FGPK und den Fraktionen für die Voten. Wenn wir nach vorne schauen, ist der Bedarf klar ausgewiesen. Was passiert, wenn wir nicht oder zu spät handeln, sehen wir auch in der Region. Wir haben ein neues Führungsteam, neue Organigramme, Merkblätter und ein neues Handbuch. Es ist nicht die FGPK gewesen, welche die Beanstandungen eingebracht hatte, sondern Gruber und Partner. Es geht zwar ein paar Jahre zurück, es wurde aber gehandelt. Die Administration wurde angepasst, aber die Baustelle war sehr gross. Wir haben auch eine neue Software eingeführt, die sich sehr bewährt hat. Mit weiteren Modulen können wir einen Schritt vorwärts machen und Effizienz gewinnen. So können sich die Sozialhilfemitarbeitenden auf die Betreuung der Klienten konzentrieren und eine engere Führung gewährleisten. Es sind weiterhin alle gefordert. Schuldzuweisungen sind fehl am Platz. Die Fallzahlen und die Komplexität haben zugenommen, insbesondere auch im Asylwesen. Diese Erfahrungen machen auch andere Gemeinden, nicht nur Zofingen. Aktuell werden wir in der Rechnung 2020 ein um mehrere CHF 100'000 besseres Ergebnis aufweisen können als budgetiert. Ich danke Cécile Wisler und dem Team für die hervorragende Arbeit. Dazu brauchen sie die beantragten Stellenprozente.

Robert Weishaupt, Einwohnerrat

Ich möchte Stadtrat Dominik Gresch etwas in Schutz nehmen. Wenn man genau hinschaut, weiss man, wieso die Situation so war. Gruber und Partner hat die Situation erkannt, daraufhin wurde ein Massnahmenkatalog erstellt. Die lange Dauer für die Bereinigung hat massgebend mit der grossen Personalfuktuation zu tun. Mittlerweile haben wir gutes Personal und in dem Bereich geht es zügig vorwärts. Einen Rücktritt zu fordern, ist fehl am Platz.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Der Personalaufstockung um 140 % (100 % Sozialarbeit/Berufsbeistandschaft und 40 % Administration) im Bereich Soziales sei zuzustimmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Stefan Giezendanner, Einwohnerrat

Ich danke den Chefbeamtinnen und Chefbeamten fürs Aushalten. Das ist Wertschätzung gegenüber dem Parlament. Danke.

Mathias Hostettler, Einwohnerrat

Die Stadt hat eine neue Telefonanlage erhalten. Sieht man da wirklich, wer mit wem telefoniert?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Ja, man kann sehen, welche Telefonverbindungen jeweils aktuell gerade bestehen. Es gilt das Amtsgeheimnis und es wird davon ausgegangen, dass es sich um geschäftliche Telefonverbindungen handelt.

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Möchte wissen, wer im Komitee war, das den Kreiselschmuck im BZZ festgelegt hat.

Andreas Rügger, Stadtrat

Der Vorschlag kam aus dem Ressort, der Stadtrat hat den Schmuck genehmigt.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Die an der letzten Sitzung in der Umfrage erwähnte Beleuchtung wurde tatsächlich entgegen dem geltenden Reglement bewilligt. Die Besitzerin des betreffenden Gastrobetriebs hat die Beleuchtung inzwischen abgestellt.

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Nach Verabschiedung und Übergabe der Abschiedsgeschenke an die abtretenden Einwohnerräte Stefan Giezendanner und Christian Läubli bedankt sich die Präsidentin für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 22. März 2021 hin und schliesst die Sitzung um 00.35 Uhr.

Zofingen, 18. Januar 2021

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Barbara Willisegger
Ratspräsidentin


Dr. Fabian Humbel
Protokollführer